

Niederschrift

über die 35. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 26.09.2018, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Besetzung des Aufsichtsrates der NEW Kommunalholding GmbH
Vorlage: 1320/2018
3. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG, hier Anpassung der Satzung der NEW AG (mittelbare Beteiligungsangelegenheit über die Kreiswerke Heinsberg GmbH)
Vorlage: 1325/2018
4. Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses gem. § 60 Abs. 1 GO NRW
Vorlage: 1349/2018
5. Benennung der Straße im Bereich des Bebauungsplanes 112, Baugebiet zwischen dem Wohngebiet Bolleber und der Linnicher Straße in Lindern
Vorlage: 1314/2018
6. Finanzielle Unterstützung der Stadt zur Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt
Vorlage: 1332/2018
7. Antrag der Fraktion Für GK! auf Änderung der Abfallsatzung zur Ermöglichung der Gelben Tonne für Leichtverpackungen
Vorlage: 1326/2018
8. Beratung und Beschlussfassung über den Bauvorentwurf zur Erneuerung und Verbesserung der Brüllsche Straße im Stadtteil Prummern
Vorlage: 1316/2018
9. Beratung und Beschlussfassung über den Bauvorentwurf zur Erneuerung und Verbesserung der Straße "Opheimer Benden" und "Blockstraße" im Stadtteil Müllendorf
Vorlage: 1318/2018
10. Beratung und Beschlussfassung über den Bauentwurf zur Erneuerung der Sportfreianlage Immendorf und Fortschreibung des Entwicklungs- und Sanierungskonzeptes der städtischen Sportfreianlagen in der derzeitigen Fassung vom 05.04.2017
Vorlage: 1327/2018
11. Bebauungsplan Nr. 115 der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: "Fliegerhorstsiedlung Teveren" östlich und westlich der Lilienthalallee - Beratung und Beschlussfassung über die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens (Aufstellungsbeschluss)
Vorlage: 1308/2018

- 12 . 73. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: Fläche im Bereich Hünshoven, nordöstlich des Flussviertels, südöstlich der Nikolaus-Becker-Straße bzw. L 364 und westlich des Limitenwegs: Erweiterung des Golfplatzes Loherhof
- Beratung und Abwägung über die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen nach § 3 Abs. 1 BauGB und nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen sowie über die im Rahmen der erneuten Offenlage und erneuten Trägerbeteiligung nach § 4a Abs. 3 BauGB eingegangenen Reaktionen
- Beschluss der 73. Änderung des Flächennutzungsplans
Vorlage: 1317/2018
- 13 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 14 . Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Bürgermeister Georg Schmitz

Mitglieder

2. Herr Nikolaus Bales
3. Herr Hans-Jürgen Benden
4. Frau Maja Bintakys-Heinrichs
5. Frau Karola Brandt
6. Herr Karl-Peter Conrads
7. Frau Jennifer Diederichs
8. Herr Helmut Gerads
9. Herr Johann Graf
10. Herr Christoph Grundmann
11. Herr Horst-Eberhard Hoffmann
12. Frau Karin Hoffmann
13. Herr Rainer Jansen
14. Frau Gabriele Kals-Deußen
15. Herr Michael Kappes
16. Herr Thomas Klein
17. Herr Wilfried Kleinen
18. Herr Heinz Kohnen
19. Herr Christian Kravanja
20. Herr Leonhard Kuhn
21. Herr Stefan Mesaros
22. Herr Manfred Mingers
23. Herr Willi Münchs
24. Herr Uwe Neudeck
25. Herr Hans-Josef Paulus
26. Herr Manfred Schumacher
27. Frau Barbara Slupik
28. Herr Lars Speuser

29. Herr Raimund Tartler
30. Frau Ruth Thelen
31. Herr Ernst Michael Thielemann
32. Herr Harald Volles
33. Frau Kirsten vom Scheidt
34. Herr Max Weiler

von der Verwaltung

35. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
36. Herr Technischer Beigeordneter Markus Mönter
37. Herr Daniel Goertz
38. Herr Peter Klee

Protokollführer

39. Herr Dominik Hilgers

Es fehlten:

40. Herr Marko Banzet
41. Frau Theresia Hensen
42. Herr Nils Kasper
43. Herr Michael van Dillen
44. Herr Wilhelm Josef Wolff

Bürgermeister Schmitz eröffnete um 18:00 Uhr die 35. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen und hieß die Stadtverordneten sowie die Bürgerinnen und Bürger und auch die Pressevertreter herzlich willkommen. Die Einladung zur Sitzung sei form- und fristgerecht zugestellt worden.

Er entschuldigte die Stadtverordneten Wolff, Kasper, Banzet, Hensen und van Dillen. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest. Einwendungen gegen die Niederschrift der 34. Sitzung des Rates seien nicht erhoben worden. Es zeigte niemand zu einem Punkt seine Befangenheit an.

Stadtverordneter Kleinen beantragte, TOP 4 „Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Transparente Beschlusskontrolle“ von der Tagesordnung abzusetzen. Es werde häufig bemängelt, dass manche Angelegenheiten nicht in den Fachausschüssen vorberaten werden. Da die aus dem Antrag entstehende Umsetzungsmaßnahme potenziell den Haushalt belaste, solle er an den Haupt- und Finanzausschuss zur Vorberatung verwiesen werden.

Stadtverordneter Benden plädierte dafür, den Tagesordnungspunkt beizubehalten. Der Rat solle die Verwaltung in der heutigen Sitzung zur Erarbeitung eines Konzeptes beauftragen, das im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt werden könne.

Beschluss:

Der Rat beschloss mehrheitlich die Absetzung des TOP 4 „Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Transparente Beschlusskontrolle“ von der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen.

Stadtverordneter Weiler führte aus, dass die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag bezüglich der Solarspeicheranlagen Eigentümer von Einfamilienhäusern bei ihrer autarken Stromversorgung unterstützt haben wolle. Da dies seitens der Mehrheit des Rates nicht gewünscht sei und sich die Solarbranche im Umschwung befinde, ziehe er den Antrag zurück. Die CDU-Fraktion werde zu gegebener Zeit einen modifizierten Antrag einreichen.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig die Absetzung des neuen TOP 5 „Antrag der CDU-Fraktion - Förderung von Solarspeicheranlagen“ von der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Bürgermeister Schmitz wies auf die Tischvorlage bezüglich der Genehmigung der in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses getroffenen Dringlichkeitsentscheidung hin, die den Stadtverordneten bereits postalisch und per Mail zugegangen sei. Hierbei handle es sich um die Einreichung einer Projektskizze zur Förderung der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Sportanlagen in Bauchem. Er bat um Abstimmung, die Tagesordnung um diesen Punkt als neuen TOP 4 zu erweitern.

Beschluss:

Der Rat beschloss einstimmig, die Tagesordnung um den Punkt „Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses gem. § 60 Abs. 1 GO NRW“ als neuen TOP 4 zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz hatte keine Mitteilungen zu machen.

**TOP 2 Besetzung des Aufsichtsrates der NEW Kommunalholding GmbH
Vorlage: 1320/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen entsendet Herrn Bürgermeister Georg Schmitz in den Aufsichtsrat der NEW Kommunalholding GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG, hier Anpassung der Satzung der NEW AG (mittelbare Beteiligungsangelegenheit über die Kreiswerke Heinsberg GmbH)
Vorlage: 1325/2018

Beschluss:

1. Der Satzungsänderung der NEW AG in § 6 und § 7 entsprechend der beigefügten Synopse wird zugestimmt.
2. Redaktionelle Änderungen der Satzung der NEW AG, die die Vertragsinhalte nicht wesentlich verändern, sind zulässig.
3. Die Vertreter des Kreises bzw. der kreisangehörigen Kommunen des Kreises Heinsberg in den NEW-Gremien der beteiligten Gesellschaften werden ermächtigt, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 4 Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses gem. § 60 Abs. 1 GO NRW
Vorlage: 1349/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.09.2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 5 Benennung der Straße im Bereich des Bebauungsplanes 112, Baugebiet zwischen dem Wohngebiet Bolleber und der Linnicher Straße in Lindern
Vorlage: 1314/2018

Beschluss:

Die Straße im Bereich des Neubaugebietes in Lindern erhält den Namen „Juliane-Hilgers-Straße“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**TOP 6 Finanzielle Unterstützung der Stadt zur Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt
Vorlage: 1332/2018**

Beschluss:

Die Stadt Geilenkirchen beteiligt sich an den Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung in der Wintersaison 2017/2018 mit einem Betrag in Höhe von 2.045,00 Euro. Der Betrag wird nach Vorlage der Kostenrechnung ausgezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**TOP 7 Antrag der Fraktion Für GK! auf Änderung der Abfallsatzung zur Ermöglichung der Gelben Tonne für Leichtverpackungen
Vorlage: 1326/2018**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine parallele Erfassung des Leichtverpackungsmülls mittels gelber Tonne und gelben Sack im 14-tägigen Rhythmus möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**TOP 8 Beratung und Beschlussfassung über den Bauvorentwurf zur Erneuerung und Verbesserung der Brüllsche Straße im Stadtteil Prummern
Vorlage: 1316/2018**

Beschluss:

Der Bauvorentwurf zur Erneuerung und Verbesserung der Brüllsche Straße sowie die Durchführung einer Einwohnerversammlung am 08.11.2018 um 19 Uhr wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Zur Teilnahme an der Einwohnerversammlung benannten die Fraktionen die folgenden Mitglieder:

CDU-Fraktion: Stadtverordnete Diederichs, Stadtverordneter Speuser, Stadtverordneter Kappes, Stadtverordneter Münchs

SPD-Fraktion: Stadtverordneter Grundmann

Bündnis 90/Die Grünen: Stadtverordneter Benden

Freie Bürgerliste: Stadtverordneter Kravanja

Geilenkirchen bewegen! und FDP: Stadtverordneter Kuhn

Für GK!: Stadtverordneter Mesaros

- TOP 9** **Beratung und Beschlussfassung über den Bauvorentwurf zur Erneuerung und Verbesserung der Straße "Opheimer Benden" und "Blockstraße" im Stadtteil Müllendorf**
Vorlage: 1318/2018

Beschluss:

Der Planentwurf zur Erneuerung und Verbesserung der Straßen „Opheimer Benden“ und „Blockstraße“ wurde in der Variante des niveaugleichen Ausbaus beschlossen. Die Durchführung einer Einwohnerversammlung am 30.10.2018 um 19 Uhr wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Zur Teilnahme an der Einwohnerversammlung benannten die Fraktionen die folgenden Mitglieder:

CDU-Fraktion: Stadtverordneter Speuser, Stadtverordneter Bales, Stadtverordneter Kappes und Stadtverordneter Münchs
SPD-Fraktion: Stadtverordneter Hoffmann
Bündnis 90/Die Grünen: Stadtverordneter Benden
Freie Bürgerliste: Stadtverordnete Brandt
Geilenkirchen bewegen! und FDP: Stadtverordneter Kuhn
Für GK!: Stadtverordnete Kals-Deußen

- TOP 10** **Beratung und Beschlussfassung über den Bauentwurf zur Erneuerung der Sportfreianlage Immendorf und Fortschreibung des Entwicklungs- und Sanierungskonzeptes der städtischen Sportfreianlagen in der derzeitigen Fassung vom 05.04.2017**
Vorlage: 1327/2018

Bürgermeister Schmitz berichtete, am heutigen Tage eine Mail von Herrn Lohman, dem ersten Vorsitzenden des FC Rhenania Immendorf, erhalten zu haben, dessen Inhalt er gerne bekanntgeben wolle. Herr Lohman habe mitgeteilt, dass sein Verein gerne die Kosten für die Ausgleichsmaßnahmen für die 17 zu fällenden Bäume in Form von Patenschaften übernehmen werde. Hiermit wolle der Verein ein Signal an die Politik und die Verwaltung senden, dass der FC Rhenania Immendorf seiner ökologischen und sozialen Verantwortung in Bezug auf die Beteiligung am Platzneubau gerecht werde. Sein Verein könne sich zudem weitere Beteiligungen am Platzneubau vorstellen, zum Beispiel beim Rückbau der alten Anlage, sofern dies notwendig sei. Die Vereinsmitglieder würden sich auf die neue Platzanlage freuen. Sie würden jedoch auch bedauern, dass ein alter Baumbestand wegen des Immissionschutzes geopfert werden müsse. Herr Lohman bedanke sich recht herzlich bei der Politik und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und lobe, dass alle Beteiligten immer das Beste für den FC Rhenania Immendorf im Blick gehabt hätten.

Beigeordneter Mönter führte aus, dass der Artenschutz und angemessene Ausgleichsmaßnahmen in der Vorbereitung des Bauentwurfes thematisiert worden seien. In Bezug auf die Ausgleichsmaßnahmen könne sicher davon ausgegangen werden, dass die für die Baumaßnahme erforderlichen Eingriffe kompensiert würden. Hierzu würden Bäume auf der Baufläche selbst sowie an Straßen gepflanzt. Zudem könne beispielsweise eine 700 qm große Ackerflä-

che aufgewertet werden. Es könne eine Obstwiese daraus entstehen. Die Ausgleichsmaßnahmen müssten mit der Kreisverwaltung abgestimmt werden. Die Maßnahmen seien innerhalb der Projektkosten umsetzbar. Weiterhin liege mittlerweile eine Entwurfsfassung zum Artenschutzgutachten vor. Die zu schützenden Arten auf der Baufläche seien bekannt. Bei der Fällung der Bäume würden die entsprechenden Zeiten eingehalten, um die Arten nicht zu gefährden. Außerdem werde ein Biologe den Bau begleiten. Sollten trotzdem Probleme entstehen, werde hierauf entsprechend reagiert. Er stellte klar, dass der Rat üblicherweise über die Entwurfsplanung abstimme, bevor das Genehmigungsverfahren eingeleitet werde. Behördlicherseits, dies betreffe die Stadt Geilenkirchen sowie den Kreis als untere Naturschutzbehörde, werde man sich an die Bestimmungen des Naturschutzes halten.

Stadtverordneter Benden wies auf die Ausführungen von Herrn Hiller aus der vergangenen Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses hin. Er habe erklärt, dass weitere Kompensationsmaßnahmen auf externen Flächen auf etwa 2.500 qm durchzuführen seien. Er habe nicht das Gefühl, dass die Stadtverordneten vollumfänglich informiert würden. Zwar wisse man, welche Bäume gefällt werden müssten, jedoch nicht, wie dies kompensiert werde. Man wolle den Verein bestmöglich unterstützen, jedoch auch größtmögliche Sicherheit in Bezug auf die Einhaltung des Natur- und Tierschutzes haben. Eine Einsicht in den Entwurf des Gutachtens habe man ihm im Laufe des Tages verweigert. Man müsse der Verwaltung glauben, dass die Ausführungen des Gutachtens eingehalten würden. Er beantragte, den Beschluss dahingehend zu erweitern, dass der externe Ausgleich in unmittelbarer Nähe zur Sportanlage stattfinde und dass das Artenschutzgutachten vollumfänglich umgesetzt werde. Insbesondere müssten die CEEF-Maßnahmen zum Erhalt der geschützten Tiere umgesetzt werden.

Auf die Nachfrage der Stadtverordneten Brandt erläuterte Beigeordneter Mönter nochmal, dass es unüblich sei, über den jetzigen Teil der Planung inhaltliche Beschlüsse zu fassen. In den Fachausschüssen sei zwar von einer Ausgleichsfläche von insgesamt ca. 2.500 qm gesprochen worden. Es sei allerdings auch gesagt worden, dass dies entweder über den Ausgleich auf einer großen Fläche oder in Form von Einzelpflanzungen von Bäumen gegengerechnet werden könne. Bei der Ausgleichsbilanz werde ein Punktesystem angewandt. Das Defizit, das bei der Baumaßnahme entstehe, müsse gemäß dem System ausgeglichen werden. Er erklärte nochmal, welche Ausgleichsmaßnahmen man sich zum jetzigen Zeitpunkt vorstellen könne. Er riet davon ab, festzulegen, wie viele Quadratmeter ausgeglichen werden müssten. Die genauen Maßnahmen müssten mit der Kreisverwaltung abgestimmt werden.

Stadtverordneter Weiler erklärte, dass die CDU-Fraktion froh darum sei, nun den Bauvorentwurf zu beschließen. Dies gebe dem Verein die nötige Planungssicherheit. Er lobte das Engagement des FC Rhenania Immendorf, die Kosten für die 17 zu pflanzenden Bäume zu übernehmen. Die CDU-Fraktion werde allen Vorschlägen zustimmen, die dazu führen würden, dass die Baumaßnahme nicht weiter hinausgezögert werde. Herr Hiller habe betont, dass die Einsaat spätestens im April 2019 vorgenommen werden müsse. Andernfalls sei der Platz nach den Sommerferien nicht bespielbar, was den Verein vor große Probleme stellen würde.

Stadtverordneter Grundmann erklärte, dass die Ausführungen des Beigeordneten Mönter für die SPD-Fraktion maßgebend seien. Die Verwaltung genieße das Vertrauen der SPD, dass die Belange des Natur- und Tierschutzes eingehalten würden. Er lobte ebenfalls das Engagement

des FC Rhenania Immendorf. Die SPD werde dem Antrag in der vorliegenden Form zustimmen.

Stadtverordneter Benden stellte klar, dass die Grünen sichergestellt haben wollen würden, dass die Natur- und Tierschutzbestimmungen eingehalten würden. Vielen sei die Tragweite der Entscheidung nicht klar. Man sei bestrebt, den Verein zu unterstützen, allerdings würden die Grünen gegen den Beschlussvorschlag stimmen, wenn er nicht gemäß seinem Antrag erweitert würde.

Stadtverordneter Kravanja äußerte sein Verständnis für das Anliegen der Grünen. Der Schutz der Arten sei ein wichtiger Bestandteil der Maßnahme und sei im Gutachten vorgesehen. Er wies darauf hin, dass bisher bei keiner Maßnahme ein Artenschutzgutachten vorher notwendig gewesen sei. Die Einhaltung des Natur- und Tierschutzes sei ohnehin gesetzlich geregelt. Sofern die gesetzlichen Regelungen nicht eingehalten würden, würde keine Baugenehmigung ergehen. Vor diesem Hintergrund solle man heute für den Beschlussvorschlag stimmen und die Einhaltung der Regelungen nachhalten.

Bürgermeister Schmitz bat um Abstimmung über die Erweiterung des Beschlussvorschlages gemäß dem Antrag des Stadtverordneten Benden.

Beschluss:

Der Rat lehnte die Erweiterung des Beschlussvorschlages mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

1. Der Planungsvorentwurf zur Erneuerung der Sportfreianlage in Immendorf wird beschlossen und als Entwurfsplanung mit einer Kostenberechnung 662.254,03 € verabschiedet. Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich der Haushaltsplanung die Durchführung der Maßnahme insoweit vorzubereiten, dass im April 2019 die Raseneinsaat der neuen Spielfläche erfolgen könnte.
2. Das Entwicklungs- und Sanierungskonzept der städtischen Sportfreianlagen in der Beschlussfassung des Stadtrates vom 05.04.2017 wird mit dem aktuellen Bauentwurf zur Sportfreianlage Immendorf fortgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen.

- TOP 11** Bebauungsplan Nr. 115 der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: "Fliegerhorstsiedlung Teveren" östlich und westlich der Lilienthalallee - Beratung und Beschlussfassung über die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens (Aufstellungsbeschluss)
Vorlage: 1308/2018

Beschluss:

Der Bebauungsplan Nr. 115 der Stadt Geilenkirchen wird aufgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen.

- TOP 12** 73. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Geilenkirchen, Geltungsbereich: Fläche im Bereich Hünshoven, nordöstlich des Flussviertels, südöstlich der Nikolaus-Becker-Straße bzw. L 364 und westlich des Limitenwegs: Erweiterung des Golfplatzes Loherhof
- Beratung und Abwägung über die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen nach § 3 Abs. 1 BauGB und nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen sowie über die im Rahmen der erneuten Offenlage und erneuten Trägerbeteiligung nach § 4a Abs. 3 BauGB eingegangenen Reaktionen
- Beschluss der 73. Änderung des Flächennutzungsplans
Vorlage: 1317/2018

Beschluss:

Über die in den einzelnen Verfahrensschritten eingegangenen Stellungnahmen wird, wie in der Anlage zur Sitzungsvorlage vorgeschlagen, entsprechend abgewogen.

Die 73. Änderung des Flächennutzungsplans wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

TOP 13 **Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen**

- a) Bürgermeister Schmitz beantwortete zunächst die vom Stadtverordneten Grundmann schriftlich eingegangene Anfrage. Bezugnehmend auf die Niederschrift des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung vom 13.11.2017, TOP 6 – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum bezahlbaren Wohnraum im Stadtgebiet Geilenkirchen bitte die SPD-Fraktion um einen kurzen Bericht über das Treffen der Steuerungsgruppe des Kreises Heinsberg, die sich erstmals zur konstituierenden Sitzung am 12.12.2017 getroffen habe.
Bürgermeister Schmitz erklärte, dass der Kreistag des Kreises Heinsberg am 26.09.2017 den Beschluss gefasst habe, eine Wohnungsmarktstudie für den Kreis Heinsberg in Auftrag zu geben. Hiermit sei die InWIS Forschung & Beratung GmbH aus Bochum durch den Kreis beauftragt worden. Es seien die folgenden zentralen Fragestellungen durch die Studie untersucht worden: Es sei untersucht worden, mit welchen Strategien es gelingen könne, den aktuellen und künftigen Herausforderungen des Wohnungsmarktes zu begegnen. Weiterhin sei überprüft worden, mit welchen In-

strumenten und Wohnangeboten man der quantitativen und qualitativen Nachfrage unterschiedlicher Zielgruppen, z. B. auch nach preisgünstigem Wohnraum, gerecht werden könne. Letztlich sei untersucht worden, welche Rolle die kreisangehörigen Kommunen und der Kreis selbst einnehmen würden und wie man diese die Entwicklung aktiv begleiten und/oder steuern könne. Der Zeitraum zur Erstellung der Studie sei auf 18 Monate ausgelegt.

Zur Bewertung des kontinuierlichen Fortschritts der Arbeiten und der Rückkoppelung der Zwischenergebnisse sei eine Steuerungsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Führungs-/Entscheidungsebene der Städte und Gemeinden und des Kreises, sowie der WFG etabliert worden, die bislang dreimal getagt habe. Das nächste und voraussichtlich letzte Treffen sei für den 15.11.2018 vorgesehen.

Parallel hierzu habe im Zeitraum vom 26.10. – 09.12.2017 in allen Städten und Gemeinden eine Telefonumfrage stattgefunden, bei der je nach Größe der Kommune zwischen 50 und 160 Haushalte interviewt worden seien. Außerdem hätten im März und April dieses Jahres drei Workshops mit insgesamt 140 Vertretern unterschiedlichster Aufgaben- und Arbeitsfelder stattgefunden. Anwesend seien u. a. Sozialverwaltungen, Mitglieder des Beirates für Generationenfragen, Wohlfahrtsverbände, Mitglieder der Konferenz Alter und Pflege, Anbieter altersgerechter Wohnangebote sowie Mitglieder der im Kreistag vertretenen Fraktionen gewesen. Hierbei seien die Themenschwerpunkte Soziale Wohnraumversorgung, junges Wohnen und Migration sowie bezahlbares Wohnen im Alter besprochen worden. Hierbei seien die folgenden Fragestellungen erörtert worden: Wie ist die Bewertung der Ist-Situation? Wie lauten die Bedarfe und Anforderungen? Kann man Maßnahmen benennen? Was fehlt und was wäre künftig wünschenswert?

Die Ergebnisse all dieser Vorarbeiten würden in die Studie einfließen, die voraussichtlich zu Beginn des nächsten Jahres fertiggestellt und veröffentlicht werde.

Bürgermeister Schmitz wies an dieser Stelle darauf hin, dass am morgigen Tage die Urkundenübergabe zur Fairtrade-Stadt stattfinde. Er würde sich über Besucher freuen.

- b) Stadtverordneter Weiler erkundigte sich, über das Ergebnis der Gespräche des Bürgermeisters Schmitz mit den Anwohnern der Fliegerhorstsiedlung.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass er manche Anwohner zu einem Gespräch ins Rathaus eingeladen und bereits einige Anwohner besucht habe, um sich ein Meinungsbild zu verschaffen. Da noch weitere persönliche Gespräche anstünden, könne er zu diesem Zeitpunkt nicht weiter auf die Frage eingehen.

- c) Stadtverordnete Kals-Deußen teilte mit, dass die Bewohner des Strippenweges in Gillrath am Umsetzungsstand der Umrüstung auf die LED-Straßenbeleuchtung interessiert seien. Gillrath sei zwar weitestgehend mit neuen LED-Leuchten ausgestattet, jedoch nicht der Strippenweg.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass die Antwort zu dieser Frage nachgereicht werde. Der Abschluss der Maßnahme sei für das nächste Jahr vorgesehen.

Beigeordneter Mönter stellte klar, dass man nicht in allen Fällen auf die LED-Technik umsteige, sondern insbesondere ältere Leuchten austausche.

- d) Stadtverordneter Mesaros führte aus, dass der Umzug der Musikschule in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur diskutiert worden sei. Die geäußerten Vorschläge zum potenziellen Neubau der Musikschule seien ungefil-

tert von der Presse aufgenommen worden, was die Fraktion Für GK! in ein schlechtes Licht gerückt habe. Den in der Presse veröffentlichte Vorschlag der Grünen-Fraktion halte er für populistisch. Fest stehe, dass der Neubau der Musikschule in Anbetracht der Baumaßnahmen in der Fliegerhorstsiedlung und der Sportstätten momentan unrealistisch sei. Grundsätzlich vertrete er die Meinung, dass die Geschäftsräume der Fraktionen im Rathaus sein sollten. Er erkundigte sich, ob die Raumsituation damit gelöst werden könne, dass die Fraktionen im ESC tagen würden.

Bürgermeister Schmitz erklärte, nicht nachvollziehen zu können, wie die Idee des Neubaus auf dem ehemaligen Grundstück der Polizeiwache entstanden sei. Er habe unter anderem dem Stadtverordneten Benden mitgeteilt, dass das Finanzamt dort eine Erweiterung plane.

Beigeordneter Brunen erläuterte, dass der Vorschlag des Stadtverordneten Mesaros im Grund dem Ist-Zustand entspreche. Momentan habe keine Fraktion einen festen Fraktionsraum im Rathaus. Es handle sich um einen Teil der Gesamtlösung, denn die Verwaltung habe bereits jetzt einzelne Stellen beispielsweise zum Bauhof auslagern müssen.

- e) Auf die Nachfrage des Stadtverordneten Graf antwortete Beigeordneter Mönter, dass der Bericht über den Erfolg der Drainagemaßnahme im Familienzentrum Teveren nachgereicht werde.
- f) Stadtverordneter Graf fragte nach, was es mit dem Gerücht auf sich habe, dass die KiTa in Teveren innerhalb der nächsten zwei Jahre abgerissen werde.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass er zu Beginn seiner Amtszeit vorgeschlagen habe, eine neue KiTa zu bauen. Dies sei damals jedoch aus haushaltstechnischen Gründen nicht möglich gewesen, weshalb man sich für Sanierungsmaßnahmen entschlossen habe. Momentan sei also keine neue KiTa geplant, auch wenn der Bedarf bestehe.

Beigeordneter Brunen ergänzte, dass man in der diesbezüglichen Diskussion vor etwa drei Jahren besprochen habe, dass man innerhalb der kommenden acht Jahre eine endgültige Lösung finden müsse. Demnach werde sich die Verwaltung allmählich mit diesem Thema befassen. Er mahnte an, dass man solche Gerüchte nicht im öffentlichen Teil einer Ratssitzung weiterverbreiten solle.

- g) Stadtverordneter Graf erkundigte sich, wie der Sachstand zur Teichproblematik im Tripsen Wäldchen sei.

Bürgermeister Schmitz führte aus, dass die Angelegenheit momentan ruhe. Sobald Überlegungen im Raum stünden, wie weiter vorgegangen werde, werde der Rat informiert.

- h) Stadtverordneter Graf fragte nach, wie der Leerstand einiger Wohnungen in der Flüchtlingsunterkunft an der Friedensburg zu erklären sei.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass der Bedarf für Flüchtlingswohnungen nicht langfristig planbar sei. Obwohl die Flüchtlingszahlen zurückgegangen seien und man einige Mietobjekte habe abstoßen können, müsse man dennoch stets Kapazitäten für neue Zuweisungen haben. Die Flüchtlingsunterkunft an der Friedensburg sei in erster Linie

für Familien ausgelegt. Da auch die Familienkonstellationen nicht planbar seien, müssten zu große oder zu kleine Familien in anderen Mietobjekten untergebracht werden, um im Bedarfsfall genügend Kapazität an der Friedensburg zur Verfügung zu haben. Seiner Einschätzung nach habe die Verwaltung in diesem Zusammenhang optimal gearbeitet und eine vernünftige Regelung getroffen. Es sei weiterhin mit Zuweisungen zu rechnen, weshalb es nicht sinnvoll sei, ständig ausgelastet zu sein.

- i) In Bezug auf den Umzug der Musikschule führte Stadtverordneter Benden nochmal die Gründe auf, die ihn zu seinem im BSSK geäußerten Vorschlag bewogen hatten.

TOP 14 Fragestunde für Einwohner

- a) Frau Frohn erkundigte sich, ob die Möglichkeit bestehe, die Sitzungen für Zuschauer transparenter zu gestalten. Es sei schwierig, den Diskussionen anhand der ausgelegten Tagesordnung zu folgen. Beispielsweise könnten die Tischvorlagen auch für die Zuschauer ausgelegt, oder die Tagesordnung über den Beamer präsentiert werden.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass man diesbezüglich nach einer Lösung suche.

Bürgermeister Schmitz beendete den öffentlichen Teil der Sitzung. Er verabschiedete sich von den Zuschauerinnen und Zuschauern und den Vertretern der Presse.

Sitzung endet um: 19:09

Vorsitzender:

Schriftführer:

Bürgermeister Georg Schmitz

Dominik Hilgers